M11

Antrag

Initiator*innen: SPD-Ortsverein Elbhang/Schönfelder Hochland

Titel: **Drohenden Kiesabbau in Söbrigen verhindern**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

Die SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag setzen sich v.a. aus umweltpolitischen Aspekten gegen die Planungen zum Kiesabbau durch die Borsberg Kieswerke AG im Osten der Sächsischen Landeshauptstadt ein. Der Abbau wäre ein schwerer Eingriff in die einmalige Kulturlandschaft zwischen dem Schloss Pillnitz, Oberpoyritz, den Weinbergen und der Elbe. Zudem würde die Gesundheit der betroffenen Anwohner durch Lärm, Staub und Erschütterungen für Jahrzehnte massiv gefährdet werden. Gerade in einer Großstadt wie Dresden sind naturbelassene Flächen enorm wichtig für das Mikroklima. Es wäre unverantwortlich, diese einmalige Naturlandschaft nicht zuletzt durch schwerwiegende Veränderungen des Grundwasserspiegels und der Vegetation für lange Zeit zu zerstören.

Der Beschluss zur Erlaubnis des Kiesabbaus geht auf das Jahr 1999 zurück. Daher muss dringend nach aktuellen Emissionsgutachten und naturschutzrechtlichen Untersuchungen gefragt werden. Sollten diese sind vorhanden sein ist deren Erstellung zu fordern, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Prognose. Darüber hinaus bedarf es einer aktuellen umfassenden und vollumfänglichen rechtlichen Prüfung unter Einbeziehung der Prüfung der Rücknahme oder des Widerrufs der erteilten Genehmigung unter Einschluss der Bereitschaft zu Kompensationszahlungen.

Falls der Abbau nicht mehr verhindert werden kann, bedarf es einer klaren Begrenzung für die Größe des Abbaugebietes und die Belastung durch LKW-Verkehr.

Begründung

Im Frühjahr 2021 wurde bekannt, dass der Freistaat 30 Hektar Pillnitzer Flur an die Borsberg Kieswerke AG verkauft hat. Die Landeshauptstadt Dresden war in diese Verkaufsverhandlungen nicht mit einbezogen.

Bereits im Jahr 2018 hatte die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat in einem interfraktionellen Antrag (A0443/18) mit den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. den Oberbürgermeister beauftragt, „*im laufenden Planfeststellungsverfahren „Pirnaer Elbebogen“ die ablehnende Haltung der Landeshauptstadt Dresden zum geplanten Kieswerk und dem Kiesabbau in Söbrigen mit Nachdruck* und *mit allen ihm und der Landeshauptstadt zur Verfügung stehenden Mitteln, zu vertreten*“. In der Folge wurde sowohl die Positionierung des Dresdner Stadtrates sowie die kritische Sicht der Stadtverwaltung Dresden bzgl. des geplanten Kiesabbaus in Söbrigen dem Inhaber der Lagerstätte mitgeteilt. Jedoch ohne Erfolg.

Im schlimmsten Fall könnten in naher Zukunft somit jeden Tag 100 Kieslaster über die Pillnitzer Landstraße fahren, um jährlich 600.000 Tonnen Kies aus der Erde zu fördern.